

Antrag



Inbetriebnahme der U5

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 26. November 2025 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Antrag

Die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Ulli Sima, wird ersucht, die angekündigte Verzögerung der Inbetriebnahme der Linie U5 unverzüglich zurückzunehmen und alle erforderlichen Schritte einzuleiten, damit die Inbetriebnahme – wie ursprünglich angekündigt – 2026 erfolgen kann.

Begründung

Die jüngsten Ankündigungen zur neuerlichen Verzögerung der Fertigstellung des Projekts U2xU5 und die vier (!) Jahre verspätete Inbetriebnahme der Linie U5 irritieren.

Die Stadt Wien hat über Jahre hinweg einen klaren Zeitplan kommuniziert, demzufolge die erste Ausbaustufe der U5 zwischen den Stationen Karlsplatz und Frankhplatz noch 2026 in Betrieb gehen sollte. Nun wurde bekannt, dass die Inbetriebnahme erst 2030 und weitere Ausbaustufen des Projekts U2xU5 gar „Mitte der 2030er Jahre“ erfolgen sollen.

Damit würde die nahezu fertiggestellte Station Frankhplatz über einen langen Zeitraum hinweg ungenutzt bleiben und zu einer Geisterstation verkommen – ein Zustand, der für Fahrgäste und Anrainer:innen völlig unverständlich ist.

Für die Josefstadt, insbesondere die direkt betroffenen Anrainer:innen und Geschäftstreibende, bedeutet jede weitere Verzögerung der U5 eine erhebliche Belastung. Die Inbetriebnahme der U5 ist ein essenzieller Bestandteil der Mobilitätswende. Sie soll die Verkehrsbelastung reduzieren, die Erreichbarkeit verbessern und langfristig Alternativen zum motorisierten Verkehr schaffen. Dass dieses zentrale Infrastrukturprojekt nun über Jahre hinweg stillstehen soll, ist weder wirtschaftlich sinnvoll noch verkehrspolitisch verantwortbar; dies stellt die Qualität des Projektmanagements der Wiener Linien ernsthaft infrage.

Die Bezirksvertretung Josefstadt fordert daher die zuständige Stadträtin nachdrücklich auf, die Verzögerungen zurückzunehmen, klare und verlässliche Zeitpläne vorzulegen und sicherzustellen, dass die Inbetriebnahme U5 und weitere Ausbaustufen ohne erneute Verschiebungen umgesetzt werden.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Antrag



Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Feldgasse im Bereich des Schulweges und des Schulvorfeldes

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 26. November 2025 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Antrag

Die zuständigen Dienststellen werden ersucht, in der Feldgasse im Bereich des Schulweges des Gymnasiums verkehrssichernde und verkehrsberuhigende Maßnahmen auszuarbeiten. Die Ergebnisse inkl. Kostenschätzung mögen in der Mobilitätskommission vorgestellt werden.

Begründung

Um den Schüler:innen, die zu Fuß, mit dem Scooter oder dem Rad aktiv und umweltfreundlich in die Schule kommen, einen maximal sicheren Schulweg zu gewährleisten, sollen Maßnahmen in der Feldgasse – wie

- die Unterbindung des Durchzugsverkehrs (durch Einbahnumdrehung),
- Verordnung als Wohnstraße,
- Einführung einer Wiener Schulstraße,
- Verkehrsreduktion durch bauliche Elemente,
- Sperre für den Individualverkehr und ähnliches –

von den zuständigen Dienststellen ausgearbeitet und in der Mobilitätskommission vorgestellt und diskutiert werden.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind,
beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Antrag



Erhalt der Suchthilfe und arbeitsmarktbezogenen Reintegrationsangebote – Ablehnung der geplanten Kürzungen

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 26.11.2025 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Antrag

Die Bezirksvertretung fordert den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Peter Hacker, sowie die zuständige Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales, Barbara Novak, mit Nachdruck auf, sicherzustellen, dass das bestehende Angebot der Wiener Suchthilfe, der Drogenhilfe sowie der arbeitsmarktbezogenen Reintegrationsmaßnahmen für suchtkranke Menschen weiterhin in vollem Umfang gewährleistet bleibt. Die Bezirksvertretung spricht sich entschieden gegen Einschränkungen dieser Angebote aus und ersucht, die Kontinuität und Verlässlichkeit der bestehenden Unterstützungsstrukturen dauerhaft zu sichern.

Begründung

Die angekündigten Kürzungen im Bereich der Sucht- und Drogenhilfe sowie bei arbeitsmarktbezogenen Reintegrationsprogrammen haben in den vergangenen Wochen zu massiven Warnungen seitens zahlreicher Trägerorganisationen geführt. Soziale Einrichtungen wie die Suchthilfe Wien, Sucht und Drogenkoordination Wien, Wiener Berufsbörse und viele andere Einrichtungen in diesem Bereich befürchten Kürzungen von bis zu 50 % der aktuellen Förderungen, drohenden Personalabbau und den Verlust jahrzehntelang aufgebauter Expertise. Besonders gravierend ist die praktisch vollständige Streichung arbeitsmarktbezogener Förderprogramme für suchtkranke Menschen, welche für deren Stabilisierung und Wiedereinstieg in ein selbstbestimmtes Leben essenziell sind. Werden diese Strukturen zerstört, entstehen langfristig weit höhere Kosten für das Sozial- und Gesundheitssystem, den öffentlichen Raum und die soziale Sicherheit. Die Einsparungen gefährden nicht nur Betroffene, sondern auch Angehörige, Nachbarschaften und die gesamte städtische Infrastruktur sozialer Unterstützung. Darüber hinaus mangelt es an Transparenz: Betroffene Organisationen erfahren überfallsartig von Kürzungen, während der Öffentlichkeit keine klare Aufstellung der geplanten Maßnahmen vorliegt. Wien war über Jahrzehnte ein Vorzeigemodell für soziale Verantwortung – diese Errungenschaften dürfen nicht aus kurzfristigen Budgetüberlegungen heraus untergraben werden. Die Bezirksvertretung Josefstadt setzt daher ein klares Zeichen gegen den Abbau existenzieller Angebote und fordert den umgehenden Stopp der Kürzungen und den Erhalt aller Leistungen im Suchthilfe- und Reintegrationsbereich.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Antrag



Sicherung des Berufsintegrationsprojekts unik.at & Mentorix

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt und der Klub der KPÖ Josefstadt stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.11.2025 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Antrag

Die Bezirksvertretung spricht sich nachdrücklich für den Erhalt des seit 27 Jahren erfolgreichen Berufsintegrationsprojekts unik.at & Mentorix aus und fordert den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport auf, alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um die Fortführung dieser wichtigen sozialen Einrichtung sicherzustellen.

Begründung

Das Berufsintegrationsprojekt unik.at & Mentorix begleitet seit nahezu drei Jahrzehnten Menschen mit Behinderungen auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Berufsleben und leistet damit einen zentralen Beitrag zu Chancengleichheit, Inklusion und sozialer Teilhabe. Die Ergebnisse des Projekts sind eindrucksvoll: Von insgesamt 1.429 Teilnehmerinnen und Teilnehmern konnten 1.209 erfolgreich in Ausbildung oder Beschäftigung vermittelt werden, was einer Erfolgsquote von 85 Prozent entspricht. Jährlich profitieren über 100 Menschen mit Behinderungen von diesem Angebot. Besonders hervorzuheben sind zudem die barrierefreien betrieblichen Lehrstellen in Büro und Einzelhandel, die jungen Menschen mit Behinderungen eine fundierte berufliche Ausbildung ermöglichen und damit einen wesentlichen Schritt in Richtung eines eigenständigen Arbeitslebens eröffnen.

Mit der Entscheidung des Sozialministeriumservice, die Finanzierung mit 1. Jänner 2026 einzustellen, drohen weitreichende soziale und arbeitsmarktpolitische Auswirkungen. Mehr als 100 Menschen mit Behinderungen würden jährlich ihre Chance auf berufliche Integration verlieren, fünf Lehrlinge könnten ihre Ausbildung nicht fortsetzen, und 24 langjährig beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stünden vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes. Darüber hinaus tragen die beiden im Bezirk verankerten Einrichtungen – die Galerie unik.at und die Saftbar Mentorix – seit vielen Jahren sichtbar zur inklusiven Belebung der Josefstädter Straße und zur Stärkung eines sozialen, offenen und vielfältigen Bezirks bei.

Aufgrund der äußerst kurzfristigen Entscheidung besteht realistisch keine Möglichkeit, alternative Finanzierungsquellen rechtzeitig zu erschließen, sodass die Kontinuität eines über Jahrzehnte bewährten und erfolgreichen Integrationsmodells unmittelbar gefährdet ist. Die Bezirksvertretung der Josefstadt sieht es daher als ihre Verantwortung, sich für den Fortbestand dieser wichtigen sozialen Einrichtung einzusetzen und ersucht den zuständigen Stadtrat, alle Handlungsspielräume zu prüfen und Maßnahmen zum Erhalt des Projekts zu unterstützen.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Errichtung von Motorradabstellplätzen vor Lerchenfelderstraße ONr. 4

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 26.11.2025 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung MA46 wird ersucht, die Möglichkeit zur Errichtung von
Motorradabstellplätzen vor der Lerchenfelder Straße ONr. 4 zu überprüfen und sofern möglich nach
Rücksprache mit der Mobilitätskommission rasch umzusetzen. Die Motorradabstellplätze sollen eine
zeitliche Befristung für die Monate April bis Oktober haben.

Begründung

Die aktuelle Situation vor Ort zeigt, dass vor allem in den wärmeren Monaten viele Motorräder vor
dem Gebäude abgestellt werden und dass es einen konkreten Bedarf nach offiziellen
Abstellmöglichkeiten gibt, die auch ausschließlich für Motorräder in dem genannten Zeitraum zur
Verfügung stehen.

Errichtung Fahrradbügel

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 26.11.2025 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen mögen überprüfen, ob an folgenden Standorten weitere
Fahrradbügel errichtet werden können:

- Daungasse/ Ecke Lederergasse
- Alser Straße (Abschnitt zwischen Feldgasse und Trude Wähner-Platz)
- Friedrich-Schmidt-Platz auf Höhe ONr. 5

Die Ergebnisse mögen der Mobilitätskommission zur weiteren Beratung und Beschlussfassung
vorgelegt werden.

Begründung

Im 8. Bezirk, wo Straßenraum knapp ist und viele Wege kurz sind, bietet das Fahrrad eine besonders
effiziente und umweltfreundliche Mobilitätsform. Zusätzliche Fahrradbügel unterstützen diese
nachhaltige Alltagsmobilität, indem sie gut erreichbare Abstellmöglichkeiten im Grätzl schaffen. An
den erwähnten Standorten gibt es aktuell leider zu wenige Fahrradbügel bzw. sind die vorhandenen
in der näheren Umgebung sehr stark ausgelastet, weswegen oft Fahrräder an Straßenschildern
festgemacht werden. Das beschränkt den Platz auf den Gehsteigen für Fußgänger*innen,
Rollstuhlfahrer*innen und Kinderwägen.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. November 2025 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Erhöhung der Fußgänger-Sicherheit entlang der Rad-Transit-Route Pfeilgasse

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, folgende Lösungen für zwei kritische und für Fußgängerinnen und Fußgänger besonders gefährliche Relationen entlang der Fahrradstraße Pfeilgasse zu prüfen. Die Ergebnisse sollen anschließend in der Mobilitätskommission berichtet werden.

Die zu prüfenden Lösungen:

1. Ecke Stolzenthalergasse/Pfeilgasse sowie Ecke Tigergasse/Pfeilgasse:

- Verengung von Fahrspuren: Optische oder tatsächliche Verengung des verfügbaren Raums, um die Durchfahrt von Fahrzeugen zu verlangsamen.
- Änderung der Oberflächenbeschaffenheit: Einfügen von Pflastersteinen oder anderen unebenen Belägen, um die Geschwindigkeit der Fahrzeuge zu reduzieren.
- Geschwindigkeitshemmer/Schwellen: Installation flacher Schwellen, um das schnelle Fahren zu unterbinden.
- Geänderte Wegführung: Kurvige oder zickzackförmige Streckenführungen, um Fahrzeuge einzubremsen und die Aufmerksamkeit der Fahrzeuglenkerinnen und Fahrzeuglenker zu erhöhen.
- Einbau von Pollern oder Bügeln als physische Barrieren, um die Durchfahrt von Fahrzeugen zu verlangsamen.

2. Ecke Tigergasse/Pfeilgasse zusätzlich:

- Einbau von Pollern oder Bügeln als physische Barrieren, um die Durchfahrt von mehrspurigen Kraftfahrzeugen zu verhindern.

BEGRÜNDUNG:

Fußgängerinnen und Fußgänger berichten immer wieder von gefährlichen Situationen mit Fahrzeugen, die auf Höhe des Lisette-Model-Platzes die Stolzenthalergasse queren. Gleichlautende Berichte gibt es auch auf Höhe des Tigerparks in der Tigergasse. Dort biegen überdies immer wieder Autos illegal auf den Radweg ein. Um die Bewegungsgeschwindigkeit aller Fahrzeuge im Sinne der Verkehrssicherheit zu reduzieren und Verkehrsverstöße zu verhindern, sollen konkrete Maßnahmen an diesen beiden gefährlichen Relationen umgesetzt werden



Die NEOS Bezirksrät:innen

Dirk Volavsek

Julia Gremsl

Christina Marchesani

Maximilian Prandstätter

Antrag betreffend Sitzmöglichkeit in der Lederergasse (Haltestelle 13A)

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26.11.2025 gemäß § 104 WStV folgende

ANTRAG

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht eine Sitzmöglichkeit bei der Bushaltestelle 13A Lederergasse (3) für die Öffi-Nutzer:innen aufzustellen.

Begründung:

Gerade ältere Personen, Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder Eltern mit kleinen Kindern sind auf Sitzgelegenheiten im Bereich von Haltestellen angewiesen. Die 13A Haltestelle in der Lederergasse 3 verfügt derzeit über keine Bank, obwohl dort regelmäßig längere Wartezeiten entstehen.

Eine Sitzbank würde die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum erhöhen und zur Barrierefreiheit beitragen.





Namens der Fraktion FPÖ Josefstadt, stellt Felix Schachner gemäß §24 Der Geschäftsordnung der Bezirksvertretung für die Sitzung am 26. November 25 folgenden

Antrag

Betreff: Verbesserte Abstimmung und frühzeitige Information zu Baustellen im öffentlichen Raum der Josefstadt

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, künftig eine verbesserte zeitliche Abstimmung sowie eine frühzeitige und gebündelte Information über Baustellen im öffentlichen Raum des 8. Bezirks sicherzustellen. Konkret werden die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien ersucht,

- der Bezirksvertretung Josefstadt vierteljährlich eine Übersicht über geplante und laufende Baustellen im öffentlichen Raum zu übermitteln,
- größere Baumaßnahmen (z. B. Straßensanierungen, Leitungserneuerungen, Gleisarbeiten) vor Beginn den zuständigen Kommissionen – insbesondere der Verkehrs- und Baukommission – zur Information vorzulegen,
- größere Bau- oder Grabungsarbeiten (Straßensanierungen, Leitungserneuerungen, Gleisarbeiten etc.) zeitlich zu staffeln, sofern dies organisatorisch möglich ist,

Begründung:

In den vergangenen Sommermonaten kam es im Bezirk Josefstadt zu mehreren parallel abgewickelten Baustellen, was zu Verkehrsbehinderungen, eingeschränkten Zugängen und erhöhtem Belastungsdruck für Anrainer und Gewerbetreibende führte.

Durch eine verbesserte Koordination können unnötige Belastungen reduziert und die Planbarkeit für die Bewohner des 8. Bezirks wesentlich verbessert werden.

Klubobmann Felix Schachner, MA MSc

Resolution



Rechtsextremismus und Antisemitismus deutschnationaler Burschenschaften in der Josefstadt

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 26. November 2025 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Josefstadt spricht sich gegen jede Form von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Neonazismus in der Josefstadt aus und bekennt sich uneingeschränkt zur UN-Menschenrechtskonvention.

Begründung

Die Josefstadt weist die größte Dichte an deutschnationalen Burschenschaften in ganz Wien auf – an sechs Adressen finden sich insgesamt 15 Studentenverbindungen, welche dem politischen Umfeld des Rechtsextremismus und Neonazismus zugerechnet werden müssen. Im nahegelegenen Parlament wurden zwei Burschenschafter mit dem „Dinghofer Preis“ ausgezeichnet. Einer der Laudatoren ist Schriftführer beim einschlägigen Monatsmagazin „Der Eckhart“, welches ebenfalls im 8. Bezirk seinen Sitz hat. Laut Verfassungsschutz gehe von den Burschenschaften ein „unterschwelliger und verklausulierter“ Rechtsextremismus aus. Abgesehen von einer antiegalitären und völkischen Ausrichtung bedient der Rechtsextremismus Feindbilder wie Ausländer, Jüd:innen, Moslems und macht sich gegen Feminismus, Queer Communities, kritische Kunst, Wissenschaft, freie und unabhängige Medien stark. Dies entspricht eins zu eins den Feindbildern und der Ideologie des Nationalsozialismus. Dazu kommt die hohe Gewaltbereitschaft, welche von rechtsextremen und neonazistischen Kreisen ausgeht; auch in der Josefstadt hat es schon Vorfälle gegeben. Laut dem Verfassungsschutzbericht 2024 wurden in diesem Jahr insgesamt 1486 Tathandlungen von den Sicherheitsbehörden erfasst, was einem Anstieg von 23% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Insbesondere kam es zu Anzeigen wegen Körperverletzungsdelikten, Sachbeschädigungen und Anzeigen nach dem Waffengesetz.

Expert:innen gehen laut Verfassungsschutzbericht 2024 davon aus, dass sich Rechtsextremismus und Neonazismus sowohl international als auch national weiter ausbreiten werden und in die Mitte der Gesellschaft eindringen werden. Die Gefahr ist, dass dies dann gar nicht mehr so auffällt, weil man sich an Wortwahl und Umtriebe der Protagonist:innen dieser Gesinnungsgemeinschaften gewöhnt hat oder abgestumpft ist.

Daher ist es wichtig aufmerksam zu sein und darüber ins Gespräch zu kommen. Für ein friedliches Zusammenleben im Bezirk ist es unerlässlich, rechtsextremem, antisemitischem und faschistischem Gedankengut mit allen demokratischen Mitteln entgegenzutreten.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Die NEOS Bezirksrät:innen

Dirk Volavsek

Julia Gremsl

Christina Marchesani

Maximilian Prandstätter

Mentale Gesundheit gehört ernst genommen

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26.11.2025 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Die Bezirksvertretung bekennt sich dazu, die mentale Gesundheit der Bevölkerung von Josefstadt als wichtigen Bestandteil der allgemeinen Gesundheit ernst zu nehmen. Besonders unter Jugendlichen ist der psychische Druck in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Bezirksvertretung spricht sich daher dafür aus, das Thema mentale Gesundheit stärker in den Fokus der lokalen Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit zu rücken. Unser Ziel ist ein Bezirk, in dem mentale Gesundheit kein Tabuthema ist, in dem Hilfe leicht zugänglich ist und in dem wir achtsam miteinander umgehen – in Schulen, Jugendeinrichtungen, Betrieben und im öffentlichen Raum. Denn Mentale Gesundheit ist eine zentrale Zukunftsfrage unserer Gesellschaft und Grundlage für ein glückliches Leben und gutes Miteinander.

Begründung:

Die Bedeutung mentaler Gesundheit wurde viel zu lange unterschätzt. Glücklicherweise hat in den letzten Jahren eine längst überfällige Wende eingesetzt. Immer mehr Menschen erkennen, dass mentale Gesundheit genauso wichtig ist wie körperliche Gesundheit.

Mentale Gesundheit ist Grundvoraussetzung für ein gutes Leben und gesellschaftliches Miteinander. Gerade unter Jugendlichen haben die psychischen Belastungen in den letzten Jahren stark zugenommen. Nationale und internationale Studien weisen auf eine spezifische Verschlechterung während der COVID-19 Pandemie hin. Eine Studie der Donau Universität Krems aus dem Jahr 2021 zeigt, dass 62% der Mädchen und 38% der Burschen mittlere bis starke

depressive Symptomatik aufweisen. In der „Mental Health Days“-Studie 2024 gaben 28% der Jugendlichen an, suizidale Gedanken zu haben.

Auch in [Bezirk] berichten Lehrer:innen, Jugendarbeiter:innen und Eltern von steigender Überforderung, Angstzuständen und Einsamkeit bei jungen Menschen. Schulischer Druck, soziale Medien und Zukunftsängste tragen ihren Teil dazu bei.

Aber auch in allen anderen Lebensbereichen spielt die mentale Gesundheit eine zentrale Rolle: Über 40% der Erwachsenen zeigen z.B. Anzeichen von Burnout, weshalb gesunde Arbeitsplätze immer wichtiger werden. Oder: Bis zu 30% der Erwachsenen mit Fluchtbiografie sind von Depressionen, Angststörungen und Trauma betroffen. Daher muss bei Integrationsmaßnahmen die psychische Gesundheit stets mitgedacht werden.

Wir wollen psychische Gesundheit ernst nehmen – mit Prävention, leicht zugänglichen Angeboten und der Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen in unserem Bezirk. Denn eine mental gesunde Bevölkerung ist für unseren Bezirk zentral – sie stärkt das soziale Miteinander, die Leistungsfähigkeit und die Lebensqualität aller. Der Bezirk nimmt sich daher vor, die psychische Gesundheit der Bevölkerung, und insbesondere junger Menschen, als Leitprinzip bei seinen Entscheidungen zu verankern.

Psychologische Beratung im Amtshaus

Die Bezirksrät:innen der NEOS stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26. November 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

ANTRAG

Antragstext:

Die Bezirksvertretung ersucht den Bezirksvorsteher der Josefstadt die Einrichtung eines Angebots zur psychologischen Beratung im Amtshaus der Josefstadt zu prüfen. Das Angebot soll monatlich stattfinden und von den Bürger:innen (vor allem für Kinder und Jugendliche) sowohl persönlich als auch telefonisch in Anspruch genommen werden können. Der Bezirksvorsteher soll über eine potenzielle Möglichkeit in der Sozialkommission berichten.

Begründung:

Die psychische Gesundheit der Wiener Bevölkerung hat sich laut Studien in den letzten Jahren verschlechtert. Die Covid-19-Pandemie und ihre Folgen, der Krieg in der Ukraine und die Teuerung bereiten vielen Menschen Sorgen und wirken sich negativ auf die psychische Gesundheit aus. Eine SORA-Befragung aus dem Jahr 2023 stellt fest, dass 34% der Befragten von einer Verschlechterung ihres seelischen Zustandes im Vorjahr berichten. 60% der Teilnehmer:innen schildern Depressionssymptome sowie Ängste und Erschöpfung. Besonders betroffen sind junge Menschen, Frauen, Arbeitslose und Menschen an der Armutsgrenze.

Die mentale Gesundheit der Bevölkerung unseres Bezirks ist eine Grundvoraussetzung für ein glückliches Leben und ein gutes Miteinander. Daher ist es vor dem Hintergrund der steigenden Belastungen zentral, Hilfsangebote auszuweiten. Dabei steht vor allem der niederschwellige und kostenlose Zugang im Vordergrund, um vor allem marginalisierte Gruppen zu erreichen.

Vorgesehen ist daher die Einrichtung eines Angebots zur psychologischen Beratung im Amtshaus des Bezirks. Das Angebot soll in regelmäßigen Abständen monatlich stattfinden und den Bürger:innen kostenlos zur Verfügung stehen. Dabei ist wichtig, sowohl persönliche

als auch telefonische Beratung anzubieten, um den Zugang möglichst niederschwellig und flexibel zu gestalten und die Möglichkeit der Anonymität zu geben. **In der Bezirksvorstehung Hernals wird ein entsprechendes Angebot bereits seit vielen Jahren angeboten und könnte als Modell für die Umsetzung dienen.**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. November 2025 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Social-Media-Kanäle der Bezirksvorstehung

Der Herr Bezirksvorsteher wird ersucht, die Kommunikation über die Social-Media-Kanäle, insbesondere Instagram und Facebook, der Bezirksvorstehung Josefstadt wieder aufzunehmen.

Für die regelmäßige Bespielung dieser Kanäle sollen die Inhalte der monatlichen Newsletter der Bezirksvorstehung genutzt werden. Eine thematische und politische Ausgewogenheit im Sinne der Zusammensetzung der Bezirksvertretung muss gewährleistet sein.

BEGRÜNDUNG:

Die Social-Media-Kanäle sind für die Kommunikationsarbeit der Bezirksvorstehung Josefstadt von zentraler Bedeutung, da sie Transparenz fördern, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger stärken und den Dialog zwischen Bezirkspolitik, Verwaltung und Bevölkerung unterstützen. Seit dem Jahr 2022 werden diese Kanäle bedauerlicherweise nicht mehr aktiv genutzt. Dadurch ist eine wesentliche Kommunikationsplattform entfallen, über die Bürgerinnen und Bürger bislang aktuelle Informationen aus der Josefstadt beziehen konnten.



Namens KPÖ-Links Josefstadt stellt Bezirksrat Herbert Fuxbauer, gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, zur Bezirksvertretungssitzung am 26.11.2025, folgenden

Resolutionsantrag

Dialog- und Informationsveranstaltung im 8. Bezirk

„Maßnahmen im 8. Bezirk zur Haushaltskonsolidierung“

Nach dem Beschluss der Stadtregierung im Zusammenhang mit der sehr prekären Budgetsituation in Wien als Beitrag zur Konsolidierung die Bezirksbudgets einzufrieren, stellt sich die Frage nach den Auswirkungen auf die bezirkspolitische Arbeit allgemein.

Um hier Klarheit und Transparenz zu schaffen, **bekannt sich die Bezirksvertretung Josefstadt dazu, die Bewohner:innen des Bezirkes in geeigneter Weise (z.B. durch eine Informationsveranstaltung) über die Sparmaßnahmen im 8. Bezirk zu informieren, und ihnen die Möglichkeit zu geben ihre Meinung darzulegen.**

Begründung

Aktuell erfahren wir ausschließlich aus unterschiedlichen Medien, dass der Haushalt der Gemeinde Wien konsolidiert werden muss. Wir erfahren, dass die Bezirksbudgets eingefroren werden. Was fehlt ist nicht nur eine grundlegende Information zur Lage, sondern auch die Möglichkeit sich ein Bild zu machen. Es muss darüber diskutiert werden, welche Auswirkungen die geplanten Kürzungen auf die Gremienarbeit und auf die Gestaltungsmöglichkeiten eines Bezirks haben werden. Nicht zuletzt werden Bewohner:innen des Bezirks in ihren Anliegen betroffen sein.

Für LINKS-KPÖ Josefstadt

BR Herbert Fuxbauer

Errichtung akustische Ampel Zebrastreifen Ecke Albertgasse/Josefstädter Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2025 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen mögen überprüfen, ob beim Zebrastreifen an der Ecke Albertgasse/Josefstädter Straße (Swing Kitchen/ehemalige Erste Bank-Filiale) eine akustische Ampel errichtet werden könnte.

Das Ergebnis der Überprüfung und ein Kostenvoranschlag sollen der Mobilitätskommission zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Begründung

Der betroffene Zebrastreifen hat aktuell keine akustische Ampel und stellt somit für blinde und stark sehbehinderte Menschen beim Überqueren eine erhebliche Herausforderung dar. Mit der Schaffung einer akustischen Ampel könnte für diese Personen die Sicherheit im öffentlichen Raum erheblich erhöht werden.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2025 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Überprüfung der Installation von Count-Down-Ampeln

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, zu überprüfen, ob an der Kreuzung Josefstädter Straße / Landesgerichtsstraße anstatt der bestehenden Ampeln, Count-Down-Ampeln installiert werden können. Die Ergebnisse sollen der Mobilitätskommission berichtet werden.

BEGRÜNDUNG:

Die derzeitige Lichtsignalregelung an der Kreuzung Josefstädter Straße / Landesgerichtsstraße sorgt häufig für Verwirrung. Die Bedeutung der Räumzeit (oranges Blinken der Ampel) ist vielen Fußgängern und Radfahrern nicht bewusst. Deshalb kommt es auch vermehrt zu Beschwerden über die zu kurze Grünphase an dieser Kreuzung.

Dieses Problem könnte durch die Installation von „Countdown-Ampeln“ gelöst werden. Eine solche Ampel zeigt die verbleibende Zeit bis zur nächsten Signalphase (Rot, Gelb oder Grün) an.

Fußgänger und Radfahrer könnten dadurch ihr Verhalten besser anpassen. Dies reduziert spontane und potenziell gefährliche Entscheidungen wie das plötzliche Überqueren der Fahrbahn bei einsetzender Rotphase.

Die Installation von Countdown-Ampeln dient somit der Verbesserung der Verkehrssicherheit sowie der Erhöhung des Komforts für alle Verkehrsteilnehmenden. Diese Art von Ampeln haben sich bereits in einigen europäischen Städten bewährt.

